

# 96 Millionen Euro-Investition 50 neue Elektro-Busse

## BSAG-Aufsichtsrat beschließt 96-Millionen-Euro-Investition

**MICHAEL RABBA**

---

**Bremen.** Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) bekommt 50 weitere E-Busse. Am Montag hat der Aufsichtsrat des Unternehmens einen entsprechenden Beschluss der Politik bestätigt und damit den Weg für den Kauf der elektrisch angetriebenen Fahrzeuge frei gemacht.

Wie BSAG und Verkehrsressort bekanntgaben, sollen damit innerhalb der nächsten drei Jahre insgesamt 70 Elektro-Busse auf Bremens Straßen unterwegs sein: Fünf Zweiachser sind schon heute im Einsatz, weitere 15 bestellte Solobusse werden in den kommenden Monaten in der Hansestadt erwartet und damit die gleiche Anzahl an Dieselnissen ersetzen. Dazu kommen die 50 neuen E-Gelenkbusse. Dafür werde der Betriebshof in Bremen-Nord entsprechend modernisiert. BSAG und Behörde rechnen mit Kosten von 96 Millionen Euro. Davon soll Bremen etwa 59 Millionen Euro übernehmen, 14,7 Millionen Euro die BSAG. 22,2 Millionen Euro steuert das Bundesverkehrsministerium als Fördermittel bei.

Unterm Strich wächst der Bestand der BSAG mit den Bussen den Angaben zufolge um 15 Fahrzeuge. „Wir werden in den kommenden Jahren unser Angebot gezielt ausbauen“, sagte BSAG-Technik-Vorstand Thorsten Harder. Dazu gehörten auch neue Verbindungen, die das Fahren in und durch die Stadt beschleunigen würden. Demnach soll vor allem der Berufsverkehr gestärkt werden. Geplant ist, das Hauptbusnetz neu zu ordnen, sodass Fahrgäste zu allen Tageszeiten mehr Platz haben und weniger umsteigen müssen.

Der Senat hatte bereits im Juli beschlossen, den Kauf der Elektrobusse in eine Liste von Klimaschutzvorhaben aufzunehmen (wir berichteten). Dabei geht es um die Umsetzung von Maßnahmen, auf die sich die Klima-Enquetekommission der Bürgerschaft Ende des Jahres verständigt hatte.

**ZUR SACHE**

**Betriebsrat tritt zurück**

**Unterdessen soll der** gesamte Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG zurückgetreten sein. Das berichtete Radio Bremen am Montagabend. Demnach soll ein betriebsinterner Streit der Grund für den Schritt sein. Bereits in den vergangenen Monaten hätten sich Teile des Gremiums zurückgezogen. Durch den Rücktritt wäre der Weg nun für eine Neuwahl der Arbeitnehmersvertretung frei.

---